

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und 0.50 Beistellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Für Ausland unter Streifenband 1.50 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Restame 30 Wg. Beilagen unter 25 g je laufend 15 Wg. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 377.

Nr. 223.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 23. September 1930.

12. Jahrgang.

Wer lust'gen Mut zur Arbeit trägt,
Und rasch die Arme stets bewegt,
Sich durch die Welt noch immer schlägt. Tiedt.

Panuropa und die Minderheiten.

Von H. W. Köhlig.

Der in Genf tagende europäische Minderheiten-Kongress hat sich vor kurzem mit aller Deutlichkeit gegen Briand's Panuropa-Plan ausgesprochen. Daß gerade die Minderheiten nichts von dem Briand'schen Panuropa wissen wollen, verdient besondere Beachtung. Denn vor allem schien doch die unglückliche Lage der Minderheiten die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der europäischen Staaten zu begründen. Warum aber sind sie von dem Briand'schen Panuropa gar nicht erbaut? Oder eine andere Frage: warum tritt Briand auf einmal so entschieden für den Zusammenschluß der europäischen Staaten ein? Die letzte Frage ist nicht schwer zu beantworten. Von Tag zu Tag zeigt es sich deutlicher, daß die französische Vormachtstellung in Europa am Schwinden ist. Die englische Außenpolitik geht nach dem Sturze Chamberlains eigene Wege und folgt nicht mehr willenslos der Pariser Politik. Der schärfste Gegner Frankreichs, Italien, gewinnt immer mehr an Macht; dem französischen Bündnisystem in Osteuropa steht eine wichtige proitalienische Mächtegruppe gegenüber. Italien unterstützt eine Politik der Revision der Friedensverträge, auch England steht einer solchen Politik nicht feindlich gegenüber. Frankreich widersteht sich aber mit allen Mitteln jeder Politik, der die Friedensdiktate nicht als unantastbar erscheinen. So hat man in Paris die Paneuropaparlamente erfunden, um die Friedensdiktate und damit die französische Vorherrschaft in Europa zu verewigen. Die Minderheiten haben natürlich in dem PanEuropa-Briand'schen keinerlei Besserung ihrer Lage zu erwarten; ihr Kampf ist darum sehr gut verständlich. Interessant ist aber, wie der Theoretiker der PanEuropa-Bewegung, der in letzter Zeit vielgenannte Graf Coudenhove-Kalergi (der übrigens mit Briand eng befreundet ist), über die Auflösung der nationalen Frage denkt. Zunächst, was ist nach Coudenhove-Kalergi eine Nation?

Er schreibt in seinem Buche „Panuropa“: „Die Nation ist ein Reich des Geistes.“ Er bestreitet, daß die Nation eine Bluts- oder Volksgemeinschaft sei. Im Laufe der Jahrhunderte hätten sich die einzelnen Völker in Europa derart vermischt, daß man nur noch von einer „europäischen Nation“ sprechen könnte. Tatsächlich haben, vor allem in der Völkerwanderungszeit, Vermischungen bei den einzelnen Nationen stattgefunden, die aber die Eigenarten der Nationen nicht veränderten. So kann man noch heute einen Deutschen vom Franzosen, einen Franzosen vom Engländer usw. ohne weiteres unterscheiden! Vor allem aber entstand durch das Jahrhunderte lange Zusammenleben ein Nationalgefühl, das man nicht ableugnen kann. Die Nation ist eine Schicksalsgemeinschaft von Menschen (die meistens dem gleichen Volke angehören), die zusammenleben wollen.

Einen großen Fehler begeht Graf Coudenhove-Kalergi in der Gleichsetzung der Begriffe: Chauvinismus und Nationalismus. Während der Chauvinismus andere Völker verachtet und sich auf Kosten fremder Völker ausbreitet (Imperialismus), steht der „neue“ Nationalismus jedem für seine Freiheit kämpfenden Volke sympathisch gegenüber und lehnt den Imperialismus in jeder Form entschieden ab. Die von Gandhi geführte Unabhängigkeitsbewegung in Indien ist hierfür ein deutliches Beispiel.

Die Behauptung des Grafen Coudenhove-Kalergi „das Nationalgefühl, das sich politisch äußert“, sei ein „nationaler Größenwahn, der durch Presse und Schule großgezogen werde“, ist völlig verkehrt. Ein Nationalgefühl ist von Natur aus bei jedem Volke vorhanden, und es zeigt sich unabhängig von Presse und Schule; gerade wenn diese im Dienste des unterdrückenden Staates stehen, kämpft das Volk nicht minder fanatisch für seine Freiheit. — Aber auch „die Nation, als Reich des Geistes“ bekämpft Coudenhove-Kalergi. Er fordert „die Erweiterung der nationalen Kultur zu einer europäischen“. Auf gut deutsch heißt das also: es soll eine europäische Einheitskultur geschaffen werden, deren Mittelpunkt Paris wohl darstellen wird. Unsere germanische Kultur, die slavische Kultur, sollen mit der romanischen zusammengeworfen werden, um eine europäische Kultur darzustellen. Das kann nur jemand verlangen, der die gewaltigen Kräfte, die in einem Volke vorhanden sind, nicht erkennen will oder nicht erkennen kann. Das letztere ist bei Coudenhove-Kalergi der Fall, in dessen

Abern, wie schon die Zusammensetzung seines Namens zeigt, ungarisches und holländisches Blut fließt. Der Graf gehört tatsächlich zur „europäischen“ Nation, ihm kommt der Kampf der kleinen Völker um ihr Recht lächerlich und unzumutbar vor, weil er nicht weiß, was Volk und was Nation für den Menschen bedeuten.

So ist auch die politische Forderung Coudenhove-Kalergis zu verstehen, die lautet: „Nicht Verschiebung, sondern Aufhebung der Grenzen“. Läßt sich eine Aufhebung der Grenzen überhaupt durchführen? Man denke an den Kampf, der sich in Deutschland zur Zeit abspielt, wo man sich nicht einigen kann, die Landesgrenzen der Kleinstaaten aufzuheben! Kann man an der Jahrhundert alten Geschichte der europäischen Staaten ohne weiteres vorbeigehen? Eine Aufhebung der Grenzen ist eine Utopie! Die natürliche Hauptstadt und das Machtzentrum Europas liegt — nach Coudenhove-Kalergi — in Paris. Eine Aufhebung der Grenzen würde aber nichts anderes bedeuten als einen Pariser Zentralismus in der Art, wie ihn Europa 1806 bis 1813 gesehen hat. Auch damals verschwanden die Grenzen, auch damals hatten wir eine „europäische“ oder besser französische Kultur, die an die Stelle der Nationalkulturen trat. Ich glaube, hierfür wird sich ganz Europa bedanken! Und ist es nicht Unförm, die Nation beim Wiederaufbau Europas ausschalten zu wollen? Ist es nicht ebenso unförm, als wenn man einen Staat ohne Anerkennung der Familie aufbauen wollte? Die Nation besteht, sie ist kein künstliches Geschöpf, sie ist eine gottgewollte Gemeinschaft! Ein Blick in die Geschichte genügt, um zu sehen, wieviel Opfermut, Heldentum der einzelne zeigte — für die Nation! Will man eine Neuordnung in Europa schaffen, so baue man nicht auf geschriebene Verträge und falsche Grenzen! Panuropa ist nur als Bund von freien Nationalstaaten möglich, in denen das Selbstbestimmungsrecht der Völker und ein wahrer Minderheitenschutz besteht. Solange man aber glaubt, die höchste Gemeinschaft, die Nation, ausschalten zu können, solange wird es unmöglich sein, ein friedliches Europa zu bauen.

Hierbei bleibe unerörtert, ob es überhaupt für Mitteleuropa zweckmäßig ist, sich mit dem strebenden Westen zu verbinden, oder ob nicht für unser Volk der Zusammenschluß der Oststaaten besser ist.

Eins ist aber klar, daß die Ziele, die die PanEuropa-Bewegung jetzt verfolgt, von den Minderheiten und überhaupt von allen Nationalgefühlenden aufs entschiedenste abgelehnt werden müssen!

„Sollen“ und „Sein“ in der Politik.

Auf den Artikel „Panuropa“, Gedanken aus einem Vortrag von Hans Driesch, in Nr. 199, hatte Dr. Fritz Meier in Nr. 205 eine Entgegnung geschrieben. „Hans Driesch als Pazifist und Paneuropäer“. Diese Entgegnung blieb auch nicht ohne Antwort. Wir haben lange gezögert, ob wir die Aussprache über diese Frage, die nach früheren Erfahrungen zu keinem ganz klaren Abschluß zu bringen ist, fortsetzen sollten. Die eingegangenen Erwiderungen fanden wir an Dr. Meier. Nun bringen wir doch noch die beiden Artikel und hoffen, dann die Aussprache für jetzt schließen zu können.

Die Schriftleitung.

Welches sind die Maßstäbe unseres politischen Denkens? Diese Frage kann eigentlich für ein christliches Tageblatt, wie es der „Aufwärts“ ist, nicht zweifelhaft sein. Denn das ist doch die letzte Voraussetzung der ganzen Arbeit, die der „Aufwärts“ zu unternehmen den in unserer Zeit ungeheuerlichen Mut gehabt hat, daß er das öffentliche Leben, sei es in Politik, Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft, nicht seiner sogenannten „Eigengesetzlichkeit“ überläßt, sondern daß er die ganze, bunte Mannigfaltigkeit des Lebens an eine ewige Norm, an ein göttliches Gebot bindet. Und wenn dieser Voraussetzung, mit der der „Aufwärts“ an die öffentliche Arbeit der Zeit herangeht, auch tausendfache Enttäuschungen gegenüberstehen, so kann und darf ihn das doch in seinem innersten Motiv, die Dinge zu sehen und zu beurteilen, nicht irre machen. Der „Aufwärts“ würde ja sich selbst als „christliches“ Tageblatt ausgeben, wolle er nicht mehr als „gläubige“ Politik treiben, weil er sich durch die „ungläubigen“, normen- und voraussetzungslosen Methoden anderer Tagesblätter überwinden läßt!

Solche Sätze, wie die nachstehenden, können daher im „Aufwärts“ nicht unwiderprochen bleiben: „Was soll das ewige Sinecizehen der Bergpredigt, die gar kein politisches Testament sein will, in die Politik? Ja, gewiß, der Krieg wäre unmöglich, wenn alle Völker nach dem Geist der Bergpredigt lebten. Aber sie tun es leider nicht. Politik kann aber nicht gemacht werden nach dem, was die Völker tun sollten, sondern nach dem, was sie

tun.“ (Vgl. Nr. 205 „Hans Driesch als Pazifist und Paneuropäer“, von Dr. Fritz Meier.) Schon dieses eine Wortlein „leider“ beweist, daß der Verfasser, im Unterbewußtsein wenigstens, selbst an seiner eigenen Haltung Kritik übt und ein Werturteil an das tatsächliche Leben setzt, das nicht aus dem bloßen „Sein“ der Dinge und Ereignisse genommen ist, sondern aus ihrem „Sollen“. Er erkennt, es sich selbst verbergend, den Maßstab der Bergpredigt an, den er sonst in seinem Artikel bekämpft. Damit aber stellt er sich plötzlich auf den „ziemlich oberflächlichen“ Standort des Gegners und wertet die Geschichte der Völker von der Voraussetzung aus, von der auch der „Aufwärts“ in seiner ganzen Haltung so tapfer auszugehen versucht.

Gewiß kann Politik „nicht in den Wolken gemacht werden“. Gewiß wird sie Rücksicht nehmen müssen auf die realen Verhältnisse unseres Daseins. Sind aber nur die Dinge, die unser Leben aus seinen Triebkräften erklären, allein wirklich? Ist nicht gerade im allerletzten Sinne dasjenige Handeln „real“, was auf „ethische Schau“ gegründet ist, wie es Hans Driesch in seinem Buch „Die sittliche Tat“ (Verlag Emanuel Reinicke, Leipzig) formuliert? „Der echte Staatsmann, der regierende zumal, muß nach sittlichen Normen handeln, wenn er auch weiß, daß er in der Ausführung weit hinter ihrer Erfüllung zurückbleiben wird.“ (Ebenda.)

Gott sei Dank, erwacht gegenwärtig wieder in den Menschen das Wissen davon, daß eine Politik ohne religiös-sittliche Richtlinien in sich selbst zerfallen muß. Daher sind die Fragen, wie die des Friedens oder PanEuropa auch nur auf diesem Grunde des „Sollens“ real; das „Wesen“ der Völker ist nur von hier aus zu lösen. Sich zum Antisemitismus — und mag er noch so gemäßig sein — „mit Stolz“ zu bekennen, bleibt eine „barbarische Denkweise“, sofern wir darunter eine widerchristliche verstehen.

Hans Driesch sagt in dem angezogenen Buche (30/31): „Alle großen Morallehrer haben ganz vornehmlich gegen die Annahmen der Gewohnheitsgefühle kämpfen müssen, und unsere Aufgabe wird das auch sein... Mögen nämlich Gewohnheitsgefühle nun auch gelegentlich eine gewisse originäre aprioristische Grundlage besitzen, stets ist ihr wesentlichster Boden Egoismus in irgendeiner Form.“ Dieses Urteil trifft in den Grundzügen gerade die Ausführungen des Driesch'schen Gegners. Die Christenheit sollte dankbar und froh sein, wenn von ganz anderen Ausgangspunkten einer unserer Besten für sein Denken und Handeln bei den Normen mündet, von denen der „Gläubige“ ausgeht. Sie sollte daraus erkennen, daß Gott sich seine Werkzeuge sucht, wo Er will. Gerade unser Christsein verpflichtet uns in der Gesellschaft der Menschen, das Leben nicht von dem biologischen Prinzip des Daseinskampfes aus zu betrachten, sondern von der vergehenden Liebe aus. Denn der Christ ist nicht ein höher „organisiertes“ Lebewesen, sondern Träger eines ganz neuen, andersartigen Prinzips, das seinen Grund in Christus hat. Wäre es anders, so wäre die ganze Arbeit der Betheler Anstalten einschließlich des „Aufwärts“ ohne Grund, ja man müßte eigentlich sagen: sie wäre Betrug, wenn man dann ein solches Werturteil noch fällen könnte.

Sich so für das „Sollen“ in der Politik einzusetzen, wie Hans Driesch es tut, ist nicht ein ethisches Vernunftdenken und wenn auch „Vernunft“ und „Aufklärung“ zwei Kernworte dieses „Adepten der Weltvernunft“ sind. Wer die Arbeiten des bekannten Philosophen nicht bloß begrifflich in sich aufgenommen hat, sondern ihnen mit verstehender Liebe nachgegangen ist, der weiß, daß das Ziel seiner „Aufklärung“ eine vollständige „Rechenschaftsablage über das Wesen der Welt“ ist, gewonnen in der Erfahrung einer reichen Lebens- und Völkerschau. Sein Buch „Die sittliche Tat“ ist z. B. in China begonnen und in Amerika vollendet. Wir können statt seiner vielleicht belasteten Formulierung „Aufklärung“ mit Paul Tillich theologisch sagen: „gläubiger Realismus“.

In diesem Sinne „ungläubig“, d. h. ohne ein letztes, göttliches Regulativ, sind daher die Schlussfolgerungen von Dr. Fritz Meier: „Grundsätzlich stehen wir mit Driesch auf dem Standpunkt, daß Kriege nicht sein sollten. Aber allgemeine Grundsätze helfen über praktische Konflikte nicht hinweg.“ Das ist die Sicherstellung der „Eigengesetzlichkeit“ in der Politik, eine Voraussetzung, die der ganzen mühsamen, jahrelangen Arbeit des „Aufwärts“ als einer christlichen Tageszeitung ihre innere Berechtigung abspricht. Theoretisch wird die „Eigengesetzlichkeit“ aus dem christlichen Dogma heraus abgelehnt — daß Kriege nicht sein sollten — praktisch, d. h. unter dem Druck gewisser „Gewohnheitsgefühle“ aber gepredigt. Die ungeschminkte Einsicht in unsere

Innerdeutschen, politischen Verhältnisse in ihrer nacktesten Realität überzeugt uns täglich mehr, daß Politik nicht gemacht werden kann nach dem, was die Völker tun, sondern nach dem, was sie tun sollten. Oder aber wir verbannen Gott, den Lebendigen und Gegenwärtigen, aus dem öffentlichen Leben, auf eine einsame Insel und setzen den Eigennutz, die Technik und die Belange der Wirtschaft an seine Stelle. Das aber heißt: wir bolschewisieren.

„Sollen“ oder „sein“ in der Politik — ist die Grundfrage für die Arbeit dieses Blattes. Der „Aufwärts“ hat entschieden; das beweist, daß er da ist. Wir sollten ihn daher alle in seinem schweren Kampfe stärken.

Rendorf, Kr. Stolzenau.

Hermann Abbelschke.

Meine Erwiderung.

Von Dr. Fritz Meier.

Treischke hat einmal gesagt, wenn die Politik moralischer sein sollte, so müsse zuvor die Moral politischer sein. Ein sehr weises Wort. Darüber würden nun pazifistische Kritiker sich ereifern. Wie, würden sie sagen, die Moral sollte ihre Maßstäbe von der Politik erhalten? Hat nicht die Politik sich nach der Moral zu richten und nicht umgekehrt? Ganz ähnlich liegt die Sache bei meinen Kritikern. Ich hatte gesagt, die Politik könne nicht von dem ausgehen, was sein sollte, sondern was wirklich ist. Darüber großes Entsetzen. Ich soll logisch nicht auf der Höhe sein, soll den Geist der Bergpredigt bekämpfen haben.

Aber bitte, meine lieben Kritiker, Ihr unterschreibt mir Dinge, die mir völlig fernliegen. Ihr legt meinen Aufsatz so aus, wie es in Eure pazifistische Einstellung hineinpaßt, aber nicht, wie ich selbst ihn gedacht habe. Ich habe mit keiner Silbe behauptet, daß das Sein die Moral zu bestimmen habe. Der Staat ist ein Organismus, der zur Verteidigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit seine Macht bereit hält. So lange es Verbrecher gibt, muß er gegen sie kämpfen und sie auf irgendeine Weise unschädlich zu machen suchen. „Die Obrigkeit trägt das Schwert nicht umsonst“. Dem Petrus verbietet Jesus in Gethsemane den Schwertgebrauch, weil Petrus nicht aus einer sittlich zu rechtfertigenden Notwendigkeit gehandelt hat, sondern aus bloßer Leidenschaft. Mir ist aber kein Wort Christi bekannt, das der Obrigkeit verbietet, das Schwert zu tragen. Auch hat Jesus nie gesagt, daß sein Reich sich in dieser Welt vollenden werde, sondern er hat gesagt, daß es nicht von dieser Welt sei.

Wenn der Staat seine Ordnung und sein Dasein, wenn nötig mit dem Schwerte schützt, so heißt das nicht, daß das Sein die Moral zu bestimmen habe. Diese mir unterschobene Logik hätte ich nur dann vertreten, wenn ich etwa gesagt hätte: Weil Verbrecher sind, so sind sie auch sittlich gerechtfertigt, weil es Sünde gibt, so ist sie auch nicht unsittlich. O nein, meine lieben Kritiker, solchen Unsinn dürft Ihr mir nicht zutrauen. Es steht Euch nicht gut an, vom hohen Tugendroß herab auf diejenigen zu blicken, die über politische Dinge anderer Meinung sind als Ihr. Heißt das etwa, sein Christentum verleugnen, wenn man Gefahren abzuwehren sucht? Man wirft mir vor, ich betrachte das Leben nur aus dem Biologischen, sehe im Menschen nur ein höher organisiertes Lebewesen. Das ist mir gar nicht eingefallen. Aber will man ernstlich die Tatsache leugnen,

daß unser Leben auch im Biologischen verankert ist? Können wir vielleicht auf dieser Erde leben, ohne zu essen und zu trinken? Und gehört schließlich das Biologische nicht ebenso zur göttlichen Schöpfung wie das Sittliche? Will man bestreiten, daß es auf dieser Erde ebenso einen Kampf um Sein oder Nichtsein wie um Gut und Böse gibt?

Gewiß ist der Christ Träger eines neuen Prinzips, ist eine neue Kreatur geworden. Aber er ist „Wanderer zwischen den beiden Welten“. Seine innere Erneuerung enthebt ihn nicht des Kampfes mit den Mächten dieser Welt. Erst wenn alle Menschen wahre Christen wären, würden jene „praktischen Konflikte“ fortfallen, von denen die Politik erfüllt ist. Dann wäre das Reich Gottes auf dieser Welt verwirklicht. Dafür beten wir und danach streben wir, daß es immer mehr auch auf diese Welt komme. Aber die Vollendung erwarten wir nicht auf ihr.

Warum Gott bisher Kriege zugelassen hat und vielleicht weiter zuläßt, das ist uns ebenso unerforschlich wie die Tatsache, daß er das Böse zuläßt. Hält man mich denn wirklich für so „barbarisch“, daß man mir zutraut, ich empfinde nichts von dem Zwiespalt, der in dem Widerstreit der sittlichen Ideale mit der rauen Wirklichkeit liegt? Mit Worten läßt sich dieser Widerstreit leicht überwinden. Aber ist er wirklich damit praktisch überwunden, daß man sagt, ein Staatsmann habe die Politik nach sittlichen Normen einzurichten? Das ist ja etwas ganz Selbstverständliches, daß ein Staatsmann, der sittlich denkt, nichts tun kann, was er nicht sittlich zu rechtfertigen weiß. Aber er kann doch unmöglich mit formalen Prinzipien die Logik der Tatsache außer Kraft setzen. Der Staatsmann darf selbst keine Verbrechen begehen, aber er darf Verbrecher unschädlich machen.

Ganz gewiß gibt es eine politische Ethik, wie es eine politische Logik gibt. Auch die Politik liegt nicht „Jenseits von Gut und Böse“. Aber sie hat Rücksicht zu nehmen auf die Welt der Wirklichkeit. Ein Staatsmann hat die sittliche Pflicht, seinen Staat gegen drohende Gefahren zu schützen, seinem Volk ein Dasein in Freiheit und Ehre nach Möglichkeit zu sichern. Mit dem Schlagwort, das sei „nationaler Egoismus“, beruhend auf alten „Gewohnheitsgefühlen“, läßt sich freilich jede gedundene nationale Politik verdammen. Man sollte mit dem Worte „Egoismus“ ein bißchen vorsichtiger umgehen und nicht jede Verteidigung berechtigter Eigeninteressen mit dem Begriffe niedriger Selbstsucht zu brandmarken suchen. Wer das Sittliche nur in der Anerkennung fremder Interessen sieht, der muß sich begeben lassen. Denn so lange wir leben wollen, haben wir auch unsere Lebensinteressen zu verteidigen, und das ist an sich noch kein niedriger Egoismus. Unsittlich ist erst die Verletzung der eigenen Lebensinteressen ohne Rücksicht auf die der andern. Wie der einzelne auf den andern Rücksicht nehmen muß, so gewiß auch die Völker aufeinander. Aber es gibt „praktische Konflikte“, bei denen eine Lösung auf friedlichem Wege unmöglich erscheint.

Bismarck versuchte in Frankfurt noch zu einer friedlichen Verständigung mit Oesterreich zu kommen, sah aber ein, daß dieses niemals ein gleichberechtigtes Preußen anerkennen würde. Auf welcher Seite liegt nun der verdamnte Egoismus? Das Schicksal entschied zu Preußens Gunsten, und König Wilhelm meinte auch, daß Oesterreich verdammlicher gehandelt hätte als Preußen, weil er selbst den Krieg hatte verhindern wollen und sich

von Oesterreich angegriffen fühlte. Bismarck sagte, daß beide Teile gleich schuldig und gleich unschuldig seien, und es dem Sieger nicht gebühre, eines Richteramtes zu walten. Er rächte sich daher nicht an Oesterreich, sondern begnügte sich mit der Anerkennung von Preußens Stellung in Deutschland. Auch nach dem Siege über Frankreich, das ein unabhängiges Deutschland nicht dulden wollte, ging Bismarck über die Wahrnehmung der berechtigten nationalen Interessen nicht hinaus. Ganz gewiß ist er kein Heiliger gewesen, hat auch Fehler und Mißgriffe gemacht, wie das jeder Pazifist auch tut, aber er hat sehr sorgfältig überlegt, ob er das, was er tat, vor Gott und der Geschichte verantworten konnte. Mit Recht dürfte er sagen, wer ihn der Gewissenlosigkeit beschuldige, der möge sich zuvor selbst erst einmal auf politischem Gebiete versuchen.

Ihr lieben Kritiker, Ihr macht Euch die Sache viel zu leicht. Wenn Ihr wüßtet, wie manche schlaflose Nacht ich im Nachdenken über das Problem Christ und Politik zugebracht habe, so würdet Ihr mit Eurem moralischen Pathos etwas zurückhaltender sein. „Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raum stoßen sich die Sachen.“ Jawohl, es gibt eine „Eigengesetzlichkeit“ in der Politik. Das ist das Gesetz der Macht. Ohne den Schutz der staatlichen Macht sind Recht und Gesetze leere Worte. Es gibt auch keinen Frieden ohne die Macht, die ihn schützt, so lange die Menschen keine Heiligen sind. Unsittlich ist der Mißbrauch der Macht, aber nicht der berechtigte Gebrauch zum Schutze der nationalen Existenz, der Ordnung und des Rechtes.

Wie denkt Ihr Euch das eigentlich, das Machtprinzip durch das Prinzip „der vergebenden Bruderliebe“ zu ersetzen? Damit könnt Ihr doch keine Gefahren abwehren. Wollt Ihr vielleicht ohne Abwehr zulassen, daß ein Unhold die Frau oder Tochter schändet? Wißt Ihr denn nicht, daß das Böse auch eine Macht bedeutet und daß viele Menschen für die Töne der christlichen Bruderliebe völlig taub sind? Soll denn der Geist der Bergpredigt darin bestehen, daß wir tatenlos zu sehen, wenn unser und unseres Volkes Leben, Freiheit und Ehre tödlich bedroht sind? Selbst die Mennoniten in Rußland griffen entgegen ihrem christlichen Prinzip gegen bolschewistische Unholde zu den Waffen. Eine Ethik, die jeden Wehrgeanken verdammt, ist absurd. Ein Christ wird politische Macht nicht mißbrauchen, aber er kann nicht so handeln, wie er wünschte, sondern wie die Pflicht gegen seinen Staat ihm gebietet. Die „christlichen“ Staatsmänner in England treiben genau so „englische“ Politik wie ihre Vorgänger. Sie bieten die staatliche Macht auf, um Indien dem Reiche zu erhalten, weil sie es nicht entbehren zu können glauben. Das englische Volk ist zwar offiziell „christlich“, aber seine Politik war immer englisch. Heißt das nun Gott aus dem öffentlichen Leben verbannen, wenn man die Eigengesetzlichkeit der Politik anerkennt? Durchaus nicht. Denn wer ist denn der Urheber dieser Eigengesetzlichkeit anders als Gott, der Schöpfer aller Dinge? Wir schaffen doch diese Gesetzmäßigkeit nicht, und wir dürfen uns nicht anmaßen, die Welt nach unseren Wünschen haben zu wollen. Meinem persönlichen Wunsche entspricht es wie dem meiner Gegner, daß es keine Verbrechen, keine Gewalttätigkeit, keine Kriege mehr geben möge. Ich erkenne wie sie den Unwert dieser Tatsachen an, richte also wie sie ethische Maßstäbe an das Seiende. Es fällt mir nicht im Traume ein, das Sein die Moral zu bestimmen, die ethischen Normen aus dem Biologischen abzuleiten.

Bilder vom Herbstmanöver im Teutoburgerwalde.

„Zehntausend Mann, die zogen ins Manöver...“ Längst vergessen war das alte, lustige Soldatenlied; aber plötzlich kam es uns wieder in den Sinn, als wir im ersten Morgengrauen des 10. September auf dem Posthof standen und warteten, bis wir endlich alle — mehrere Schulklassen, frische, junge Männer, ehemalige Frontkämpfer, wenige Frauen und Mädchen, — in die 10 Postautos verladen waren. In herzerfreuend einträchtiger, fröhlicher Stimmung fuhr man im überfüllten Wagen Detmold entgegen. In Lage rief ein erwartungsvoller Bub: O, Vater, ein Reichswehr, warum läufst er nicht? Lachend wurde ihm bedeutet, daß man in der „Etappe“ immer Zeit hat. In Detmold verriet der ungewöhnliche Verkehr die Nähe des großen Ereignisses. An die 40 Privatautos mußten wir an uns vorbeilassen. Feldgrüne Meldegänger, Gewehr über der Schulter, stützten auf Motorrädern vorüber. Wie schwerfällig waren unsere Wagen! Die Fahrt ging nach Meinberg und dann im Bogen nach Blomberg. Endlich hatten wir den Kriegsschauplatz erreicht. An den Straßenkreuzungen, auf den Hügeln, in den verstreuten Höhen standen Posten. Die Wagen waren wegen Fliegergefahr mit grün-gelb-rot-braun geschächten Planen bedeckt. Auf der Straße Blomberg-Weimgo blieben unsere Wagen stehen, und wir folgten zu Fuß dem Strom der Zuschauer und Privatautos die Berge westlich hinauf. „Tack-tack-tack“ klang das Maschinengewehrfeuer. „Bum-bum-bum“, das war Artillerie. In einem Hohlweg, verdeckt von Hecken, standen geheimnisvoll verhüllte Wagen. Die Pferde zogen kräftig an und mit schneidigem Galopp sausten sie den Berg hinauf zur „Front“. Leichter Nebel lagerte über den Hügeln, den waldigen Bergen und engen Schluchten, aus denen hier und da dichter Qualm den Stand eines Geschützes verriet. Wir befanden uns mitten im modernen Krieg; denn wir waren fast enttäuscht und wurden ungeduldig, man sah ja nichts. Dem Dorfe Kappel zugekehrt, dessen Kirchturm wie eine Nadelspitze über den Hügelrand lugte, lagen verstreut hier und da je 3 Soldaten mit einem Maschinengewehr, sie kamen noch nicht an die Reihe, denn auf dem „Knick“, dem Berg jenseits von Kappel, tobte noch der Kampf. Wir befanden uns

in den Reihen der „Blauen“, der Bayern, die hier auf unserem winzigen kleinen Abschnitt langsam, aber sicher zurück mußten. „Dös hat mit Tapferkeit garnet's zu tun, wissen's, 3 Regimenter gegen eins, was wollen's denn.“ — Saupreisen! da meinen's wir halt nur a „Berliner“, die Lipper un die Westfalen, die aus Hannover, die sein guate Leute. Abieu, mer wer'n wohl nit sterben in dösem Kriag“, damit schüttelte mir der biedere Bayer aus Lindau am Bodensee kräftig die Hand und trat seinen Meldegänger an. Daß man nicht dran gedacht hatte, alle Taschen voll Zucker und Zigaretten zu stecken bei der Manöverfahrt! Zigaretten für die Soldaten, Zucker für Pferde und... Hunde. Da sich die Gefechtslage um Kappel nicht änderte, wie ich beim Lauschen am Telefon des Stabes im Wäldchen erfuhr, schlenderte ich nach „hinten“. Plötzlich keuchte und schnüffelte es heran, ein prachtvoller, deutscher Schäferhund. Am Halsband trug er eine schmale, schwarze, zylinderförmige Kapsel, die eine Meldung enthielt. Man sah ihm an, daß er sich der Verantwortung seines Amtes bewußt war. Mit großen Sähen strebte er dem Gehöft zu, wo sein Gegenführer ihn erwartete. Vielleicht sollte eine Telefonleitung gelegt werden; denn bald kaufte ein Planwagen los, und ein Reiter ließ, während das Pferd über das Stoppelfeld trabte, die Rolle roten Drahtes abrollen. Was bedeutet aber das leuchtende Rot auf dem Hügel zwischen dem eintönigen Grau? Aha, der Herr General. Schnell blickte ich auf meine „Manöverkarte“ und „spionierte“ genau aus, welche strategischen Pläne der bayerische Oberst hatte. Kappel wollte er nicht unbedingt halten! Ununterbrochen war das Telefon auf dem „Feldherrnhügel“ im Gang. „Da schauen's, sagten die Bayern, die die stattlichen Pferde das Stabes in dem schönen Bauernhof hielten, „jezt werden's examiniert, und dann gib's die blauen Briefe zum Herbst. Der Adjutant schreibt alles mit. Da, jezt fragt er den „Feind“ ab.“ Fort ratterte das Auto mit dem General mit dem Rot am Mantel, das aber im „Ernstfall“ eingeschlagen werden kann. Die Münchener gaben bereitwillig über alles Auskunft. Als ich es aber nicht lassen konnte, den Hitler zu erwähnen, wurden die Gesichter undurchdringlich. Aber ich erfuhr doch, daß das Schützenregiment, in dem Hitler den ganzen Krieg mitmachte, und bis 1920 als Bildungsoffizier tätig war, in dem jetzigen „unserem“ Infanterieregiment 19 aufgegangen war. Und da

schmerzten mich die fehlenden Zigaretten noch mehr! — Auf dem Rückweg zur „vordersten Linie“ sah ich ein völlig verändertes Bild. Die Pferde des Stabes waren fort, die Wagen bespannt, die Begleiter waren aufgefressen und ließen sich vom Pferderücken aus die lippigen Zwischen gut schmecken. Ein Reichswehrsoldat am Straßenrand telephonierte, packte seinen gelben Kasten und rollte im Weitergehen den Telephondraht auf. „Kappel ist vom Feind genommen“, antwortete er auf meine Frage, „hier auf der Straße wird alles gleich zurückkommen.“ Da kamen schon etwa 20 Graue, die Stahlhelme trugen sie in der Hand, und einer mit einer weißen Binde um den Arm führte sie. Sie waren im Wäldchen dieses Kappel von den „Roten“ umgangen worden und wurden auf Spruch des Schiedsrichters als Gefangene „außer Gefecht gesetzt“. Ich ging dem Maschinengewehrfeuer nach und erkannte durchs Fernglas die roten Helmbinden des zwischen den Bergen vordringenden Feindes. Das vorderste blaue Maschinengewehr taktete unaufhörlich und verstummte erst, als der betreffende Oberleutnant ein wirklich entsetzliches Donnerwetter (nach „zivilen“ Begriffen) wegen Verschwendungsjucht ergehen ließ. Aber das Verhältnis zwischen Offizier und Mannschaft war trotzdem oder vielleicht gerade deshalb das denkbar beste, wie man aus dem Ton der kurzen Worte heraushören konnte, die gewechselt wurden, als der erschonte Hornruf: „Das Ganze halt!“ endlich auch in unserem Abschnitt vernommen wurde. Es war inzwischen 14,30 Uhr geworden. Jezt wurden die „unsichtbaren“ Streiter sichtbar, und in vielen Kolonnen marschierten sie vergnügt ihren Bürgerquartieren zu. Das Gepäck wurde teilweise auf kleine, solide „Vollerwagen“ verladen und mitgezogen. Freilich sahen wir nur einen ganz kleinen Teil der „10 000 Mann“, die tatsächlich am Teutoburger-Wald-Manöver beteiligt waren. Die Front erstreckte sich über endlose Kilometer. Wir hatten höchstens 2 bis 3 Kilometer übersehen können. Auf der Rückfahrt nach Bielefeld wanderten die Gedanken zurück in die vergangene Zeit, die durch unsere Soldaten ständig einen frischen, lebensvollen Pulsschlag verspüren durfte, und kreisten um den kommenden Sonntag, den „Wahlsonntag“. — — — Möchte das Ergebnis der Wahl ein erstes Anzeichen sein, daß das deutsche Volk langsam wieder den Weg findet zu den Quellen seiner Kraft.

Aus der ethischen...
zuhalten, folg...
das Verbrechen...
in keine In...
Krieges als...
Wehrgeanken...
mendig sein...
mit verbunde...
einem bekann...
Pflicht, nach...
zu leben, aber...
ab. Wenn es...
dann werden...
kann hier ni...
theoretisch ve...
gefühlen“ ge...
daß Politik...
deshalb noch...
heißt kämpfe...
durch. Sow...
Kampfes- un...
heit steckt, ist...
gebende, son...
lich. Und n...
einen sittlich

Im G...
sächlichen...
sagt und fi...
das Anwad...
Beförnis, ...
mehr als e...
friedenslie...
deutung be...
machte sich

Die „...
tionsblätter...
der Nation...
landspreffe...
machung w...
Nachrichte...
von der a...
werden, leg...
Uebermittl...
ischen Wäld...
tur, die bel...
Leuten aus...
eingesetzt...
lischen W...
gar wissen...
seit der W...
Durch die...
Nervosität...
die für ala...
fänglich str...
gängen d...
Die Jugend...
zeitweise v...
zu erholen.

Neht...
Anfolge der...
am Freitag...
gewisse B...
phonischen...
Washington...
führte und...
von Neuge...
veranlaßte...
Einficht, a...
kategorische...
Finanzkrei...
Anruhen f...
der Gerücht...
lauf, so u...
tung der d...
gewisser A...
falls die d...
men sollter...
Finanzver...
hierzu me...
Dort Tim...
erörterten...
lichtet, da...
tischen Gr...
tion sein...
Diese Erö...
ten wegen...
in Deutsch...
läßt durch...
Gefahr ein

Inzu...
wieder ei...
doner Cit...
Kapital r...
hat sich j...
Debitenm...
„Times“...
Kreisen z...
der deut...
Grund zu...
Dawesant...
jezt men...
„Fi...
artikel da...
Vond s...
Die Unfr...
internatio...
habe das...
Anruhen...
Auch...
begründet...
Deutschlan...
sozialistisc...
anleihen...
anerkenn...
leibe wü...
landschap...
ziellen J...
1923. zur

rdi sagte, daß
schuldig seien,
schweres zu
reich, sondern
reue des Stel-
über Frank-
nicht dulden
mung der be-
us. Ganz ge-
Fehler und
auch tut, aber
was er tat,
konnte. Mit
enlosigkeit be-
mal auf poli-
die Sache viel
schlaflöse Nacht
st und Politik
n moralischen
ht beieinander
um stoßen sich
genge se-
setz der Macht.
nd Recht und
Frieden ohne
Menschen keine
sch der Macht,
in Schutze der
Rechtes.
s Nachtprinzip
n Bruder-
doch keine Ge-
me Abwehr zu-
chter schändet?
eine Macht be-
öne der christ-
denn der Geist
r tatenlos zu-
leben, Freiheit
ie Menmoniten
lichen Prinzip
Waffen. Eine
nt, ist absurd.
brauchen, aber
e, sondern wie
et. Die „Christ-
genau so „eng-
ieten die staat-
erhalten, weil
Das englische
ne Politik war
es dem öffent-
Eigengefährlich-
keit. Denn wer
keit anders als
affen doch diese
nicht annehmen,
u wollen. Wei-
ie dem meiner
Gewalttätigkeit,
ine wie sie den
wie sie ethische
icht im Traume
zu bestimmen,
hen abzuleiten.
noch mehr! —
e“ sah ich ein
Stabes waren
er waren auf-
aus die lipp-
mehrsohdalt am
gelben Kästen
hondraht auf-
wortete er auf
rd alles gleich
20 Graue, die
einer mit einer
Sie waren im
ten“ umgangen
iedererichters als
Ich ging dem
e durchs Fern-
en den Bergen
aue Maschinen-
te erst, als der
e entzücktes
wegen Ver-
Das Verhältnis
ndem oder viel-
e man aus dem
nte, die gewech-
as Ganze halt!“
ommen wurde.
Jetzt wurden
in vielen Ko-
ürgerquartieren
kleine, solide
Freilich sahen
000 Mann“, die
öber beteilig-
lose Kilometer
übersehen kö-
wanderten die
t, die durch un-
ensvollen Pul-
den kommenden
Mächte das Er-
sein, daß das
findet zu den
S. M.

Aus der ethischen Pflicht, sich selbst vom Verbrechen fern-
zuhalten, folgt aber nicht die Pflicht, daß man sich gegen
das Verbrechen anderer nicht wehren dürfe. Ich sehe da-
hin keine Inkonsistenz, daß ich die Beseitigung von
Kriegen als sittliches Ideal erstrebe, aber trotzdem am
Wehrgedanken festhalte, so lange Kriege möglich und not-
wendig sein können. Wir können doch dem Ziele nicht
mit verbundenen Augen zustreben wie die Kinder in
einem bekannten Spiele. Für uns gilt es als sittliche
Pflicht, nach Möglichkeit mit allen Menschen in Frieden
zu leben, aber das hängt von unserm Willen nicht allein
ab. Wenn es Gottes Wille ist, daß Kriege aufhören sollen,
dann werden sie auch aufhören. Aber unser Wille
kann hier nicht entscheiden. Ich habe den Krieg nicht
theoretisch verworfen und praktisch aus „Gewohnheits-
gefühl“ gepredigt, sondern ich habe zu zeigen versucht,
daß Politik mit gegebenen Tatsachen rechnen muß, die
deshalb noch lange keine ethischen Normen sind. Leben
heißt kämpfen. Auch das Gute setzt sich nur im Kampfe
durch. Soweit aber hinter dem Pazifismus nur die
Kampfes- und Leidenscheu, Weichlichkeit und Schlapp-
heit steckt, ist er kein ethisches Ideal. Nicht nur die ver-
gebende, sondern auch die sich opfernde Liebe ist christ-
lich. Und nur vom Opfergedanken aus hat der Krieg
einen sittlichen Inhalt, den er sonst entbehrt.

Blinder Alarm.

Im Gegensatz zu Frankreich hatten die angel-
sächsischen Länder das deutsche Wahlergebnis sehr ge-
fäßt und kühl aufgenommen. Man verzeichnete wohl
das Anwachsen der radikalen Stimmen mit einiger
Besorgnis, wertete aber im übrigen den Wahlausgang
mehr als einen gefühlsmäßigen Ausbruch der Unzu-
friedenheit, ohne ihm eine allzu große politische Be-
deutung beizumessen. In den letzten Tagen aber
machte sich eine wachsende Sorge bemerkbar.

Die „Enthüllungen“ eines Berliner Sensa-
tionsblattes über einen angeblich bevorstehenden Putsch
der Nationalsozialisten wurden von der Aus-
landspresse sofort aufgegriffen und in großer Auf-
machung weiterverbreitet. Besonders die amerikanische
Nachrichtenagentur „United Press“, deren Meldungen
von der angelsächsischen Presse kritisch nachgedruckt
werden, legt einen großen Eifer an den Tag in der
Uebermittlung von Panikmeldungen. Fast alle eng-
lischen Blätter verbreiteten die Meldung dieser Agen-
tur, die behauptet, daß eine Massenflucht von reichen
Leuten aus Deutschland nach Holland und der Schweiz
eingesetzt habe. Der Berliner Berichterstatter des sozia-
listischen Regierungsblattes „Daily Herald“ will so-
gar wissen, daß viele hunderte Millionen Goldmark
seit der Wahl ins Ausland abgehoben worden seien.
Durch die Zitatennachrichten wurde eine künstliche
Nervosität erzeugt, die sich sofort auf die Börsen,
die für alarmierende Gerüchte ja stets sehr leicht emp-
fänglich sind, übertrug und zu scharfen Kursrück-
gängen der deutschen Anleihepapiere führte.
Die Young-Anleihe fiel an der Londoner Börse
zeitweise von 82½ auf 80, um sich später wieder etwas
zu erholen.

Nebenliche Meldungen liegen aus New York vor.
Infolge der Panikmeldungen aus Berlin herrschte z. B.
am Freitag in den amerikanischen Finanzkreisen eine
gewisse Beunruhigung, die zu zahlreichen tele-
phonischen Anfragen bei der deutschen Botschaft in
Washington und beim Generalkonsulat in New York
führte und mehrere transatlantische Telefongespräche
von New York und Chicago nach Hamburg und Berlin
veranlaßte. Die Beunruhigung wich erst einer besseren
Einsicht, als nachmittags die „Associated Press“ ein
kategorisches Dementi aus Berlin verbreitete und auch
Finanzkreise direkt aus Deutschland hörten, daß von
Unruhen keine Rede sein könne. Ueber den Ursprung
der Gerüchte waren verschiedene Vermutungen im Um-
lauf, so u. a., daß die an der Börse eingetretene Sen-
kung der deutschen Werte der Ausdruck der Besorgnis
gewisser Wallstreet-Firmen sei, die befürchten, daß es,
falls die deutschen Nationalsozialisten aus Ruher kom-
men sollten, zu einer Sabotierung der internationalen
Finanzverbindungen Deutschlands kommen werde.
Dierzu meldet der Pariser Korrespondent der „New
York Times“, wie er von maßgebender Seite erfahre,
erörterten Deutschlands europäische Gläubiger die Mög-
lichkeit, daß Deutschland aus wirtschaftlichen und poli-
tischen Gründen gezwungen sein werde, eine Revi-
sion seiner Reparationsverpflichtungen zu verlangen.
Diese Erörterungen, die auch in den Vereinigten Staa-
ten wegen der großen amerikanischen Kapitalanlagen
in Deutschland stark interessieren dürften, seien veran-
laßt durch die Erfolge der Hitlerleute und durch die
Gefahr einer Diktatur und des wirtschaftlichen Chaos.

Inzwischen ist an den ausländischen Börsenplätzen
wieder eine Beruhigung eingetreten. Die Lon-
doner City hat ausdrücklich dementiert, daß deutsches
Kapital nach England abgewandert sei. Tatsächlich
hat sich ja auch der Kurs der Reichsmark am Londoner
Devisenmarkt befestigt. Auch der Finanzredakteur der
„Times“ bemerkt, Nachforschungen in gut unterrichteten
Kreisen zeigten, daß kein Grund für die Depression
der deutschen Wertpapiere bestehe, desgleichen kein
Grund zu der Annahme, daß die Young-Anleihe, die
Davosanleihe oder irgendwelche deutschen Wertpapiere
sehr weniger gut gesichert seien als vor der Wahl.

„Financial Times“ weist in einem Zeit-
artikel darauf hin, daß die Verkäufe deutscher
Bonds in beträchtlichem Maße in Paris erfolgt seien.
Die Unsicherheit in London scheint dahin zu gehen, daß die
internationalen Beziehungen nicht gestört werden. Man
habe das Vertrauen, daß der deutsche Staat fähig ist,
Unruhen entgegenzutreten.

Auch die „Financial News“ tritt den un-
begründeten Gerüchten über Putschmöglichkeiten in
Deutschland entgegen und bemerkt, selbst eine national-
sozialistische Regierung würde die deutschen Auslands-
anleiheverbindungen ausführen müssen. Die Nicht-
anerkennung der Young-Anleihe oder der Davosan-
leihe würde zu einer panikartigen Flucht des Aus-
landskapitals aus Deutschland führen und einen finan-
ziellen Zusammenbruch in der Art des vom Jahre
1923 zur Folge haben.

In Deutschland wird man die Panikmeldun-
gen der Auslandspresse mit Recht als „blinden Alarm“
bezeichnen. Andererseits würde es sicher der deutschen
Sache dienlich sein, wenn das Moment der Unge-
wissenheit in der Regierungsfrage ausgeschaltet und bald
volle Klarheit über die Kabinettsbildung geschaffen
werden würde. Dadurch würde zweifellos all den un-
sinnigen Alarmgerüchten der Boden entzogen werden.

Gegen die Putschgerüchte.

Die Reichsregierung an die amerikanische Presse.

Die Kursstürze der deutschen Werte an den aus-
ländischen Börsenplätzen, hervorgerufen durch das
Putschgerüchte einiger verantwortungsloser Sensations-
blätter, haben die Reichsregierung veranlaßt, durch auto-
ritative Erklärungen der maßgebenden Reichsstellen
Beruhigung zu schaffen.

Reichskanzler Dr. Brüning

gewährte zu diesem Zwecke dem Berliner Vertreter
eines amerikanischen Nachrichtenbureaus eine Unter-
redung. Auf die Frage: „Wie beurteilen Sie, Herr
Reichskanzler, die im Ausland verbreiteten Gerüchte
über Putschversuche?“ erklärte der Reichskanzler:

„Ich bin überzeugt, daß Sie schon von sich aus
Ihren Lesern melden werden, daß sich

keine Putschgefahr,

auch nicht in einem einzelnen Bezirk in Deutschland
gezeigt hat. Die Reichsregierung hat deshalb
auch unbekümmert um solche Gerüchte und um den
Ausgang der Wahlen ihre ganze Kraft auf die sach-
lichen Aufgaben richten können, die darin be-
stehen, die während des Sommers in Angriff genom-
menen und verschiedentlich auch zum Abschluß gebrach-
ten Arbeiten fortzusetzen und auszubauen.

Sie ist des einmütigen Willens, auf diesem Wege
fortzufahren, da sie davon überzeugt sein kann, daß
sie bei dieser ihrer Aufgabe die Unterstützung aller
deiner finden wird, die die beste Garantie für eine Auf-
wärtsentwicklung in eben dieser sachlichen Arbeit sehen.
Das ist trotz des Ausganges der Wahlen die Mehrheit
des deutschen Volkes. Ebenso wie diese überwiegende
Mehrheit in dem schweren Kampf seit dem Zusam-
menbruch immer den festen Willen zu Ruhe und Ord-
nung gezeigt hat, ebenso sicher bin ich, daß dieser ge-
sunde Sinn des deutschen Volkes sich auch
in der Zukunft durchsetzen wird.

Lokale Störungen sind hier und da auch in frü-
heren Jahren vorgekommen. Die staatlichen Mach-
mittel der Landespolizeibehörden reichen voll-
kommen aus, um solche Unruhen schon im Keim
zu ersticken.

Reichsinnenminister Dr. Wirth

gewährte demselben Amerikaner eine Unterredung, in
der er ähnliche beruhigende Erklärungen abgab. Von
einer Putschgefahr könne nicht gesprochen werden, denn
die kleine Wehrmacht sei absolut fest in der Hand des
Reichspräsidenten. Versuche, in der Reichswehr soge-
nannte nationalsozialistische Zellen zu bilden, seien
absolut schlagartig. Ein Putsch werde in den näch-
sten Tagen vor dem Reichsgericht in Leipzig entschieden
werden. Ueber die Polizei könne — abgesehen von
dem Falle in Thüringen, wo wir durch Sperrung der
Polizeigelder eingegriffen haben — ebenfalls gesagt
werden, daß sie ein zuverlässiges Instrument in den
Händen der Länder darstelle. Jeder Versuch, mit Ge-
walt irgendwie gegen die Autorität des Staates anzu-
gehen, würde schon im Keime erstickt werden. Zu
Besorgnissen über revolutionäre Umtriebe von rechts
oder links sei keine Veranlassung gegeben.

Selbstverständlich erfordere die explosionsartig zu-
tage getretene Radikalisierung der deutschen Wähler
nicht nur größte Aufmerksamkeit von allen nicht revo-
lutionären Parteien, sondern man müsse sich auch auf-
rechterhalten und ehrlich Rechenschaft darüber geben, ob es
fernerhin angebracht sei, Deutschland und seine Jugend
zu dem größten Teil ohne Hoffnung lebt, unter un-
ethischen Bedingungen dahinsinken zu lassen.

Keine Putschgefahr.

Eine Erklärung Preußens.

An den zuständigen Regierungsstellen Preußens ist
man außerordentlich überrascht durch die ständig wieder-
kehrenden Preßmeldungen von angeblich bevorstehen-
den radikalen Putschversuchen. Diese Nachrichten,
die, wie erklärt wird, durch absolut nichts begründet
sind, hätten nichts weiter zur Folge gehabt als eine
empfindliche Beunruhigung des Landes. Das be-
weise am deutlichsten der scharfe Rückgang der Repara-
tionsbonds an den ausländischen Börsen. Die Putsch-
gerüchte, die in den politischen Tatsachen keinerlei
Grundlage hätten, seien, so erklärt man,

von der Baispekulation weidlich ausgenutzt

worden und hätten gegen Deutschland gerichtete Börsen-
manöver begünstigt.

Die preussische Regierung hat festgestellt, daß
weder links noch rechts irgendwelche Putschzeichen
vorhanden sind, und es sei nur zu bedauern, daß man
die Tragweite solcher Gerüchte, die geeignet seien, eine
tatsächliche Panikstimmung hervorzubringen, nicht er-
kennt. Regierung und Polizei in Preußen seien nach
wie vor in der Lage, jedem verfassungswidrigen Versuch
entgegenzutreten und ihn im Keim zu ersticken.

Weiter wird betont, daß die preussische Regierung
die radikalen Bewegungen nach wie vor überwachen
werde. An eine andere Einstellung gegenüber den Na-
tionalsozialisten denke sie dabei nicht. Es sei auch nicht
davon die Rede, daß sie das Uniformverbot auf-
heben oder abändern wolle.

Neuer Vorstoß Roths.

Entgegnung auf Briands Kritik. — Deutsche Ent-
scheidung zur Minderheitenfrage.

— Genf, 20. September.

Nachdem der greise ungarische Staatsmann Graf
Apponyi am Schluß der Aussprache des ersten Tages
der Minderheitenkommission im politischen Ausschuß der
Völkerbundsversammlung den deutschen Antrag auf

Einführung einer ständigen Minderheitenkommission
wirksam unterstützt hatte, ergriff der deutsche Vertreter
Reichsminister a. D. Dr. Koch-Weser erneut das
Wort.

Er brachte nochmals die entschiedene Bitte zum
Ausdruck, daß man bei der Annahme der Petition so
liberal wie möglich vorgehen müsse. Das Vertrauen
der Petenten auf den Völkerbund als Hort der Minder-
heiten dürfe nicht erschüttert werden. Die Erörte-
rung in dem 6. Ausschuß sei nützlich gewesen; denn sie
habe bewiesen, daß die Minderheitenfrage kein „Nähr-
mich nicht an“ sei. Es könne dem Völkerbund und dem
Weltfrieden nur nützen, wenn sich der Völkerbund
alljährlich mit der Minderheitenfrage beschäftige.
Deutschland wünsche im Augenblick keine Abänderung
der Madrider Beschlüsse, sondern nur die Verbesserung
ihrer Anwendung. Deutschland müsse seine Kritik so-
lange fortsetzen, bis die unbefriedigenden Zustände ab-
gestellt seien.

Der deutsche Vertreter skizzierte kurz die Aufgabe
der angeregten ständigen Minderheitenkommission.
Sie müßte eine gemeinsame Meinung der Welt
in Minderheitenfragen herbeiführen und in der Be-
handlung der Minderheiten Zustände schaffen, wie
sie in so glücklicher Weise in der Schweiz und in
Kanada sich gebildet haben.

Zum Schluß ging Dr. Koch noch auf die Anfein-
dung Briands ein, daß eine Beschäftigung mit der
Minderheitenfrage gefährlich sein könne. Demgegen-
über betonte er, daß eine Nichtbeschäftigung mit
diesen Fragen noch viel gefährlicher sein würde,
denn die höchste Gefahr im internationalen Zusammen-
leben besteht darin, daß man Ventile verstopft hält,
die geöffnet sein müssen. Nur wenn es ge-
linge, den Völkerbund zu einem Organ zu machen,
in dem alle diejenigen, die unterdrückt seien oder sich
unterdrückt glauben, rechtzeitig und unbehindert zu
Wort kommen, nur wenn sie den Glauben an den
Völkerbund erwerben, daß er auf friedlichem Wege
ihren Räten abzuhelfen wisse, nur dann dürfen wir
erwarten, daß die Entwicklung des Zusammenlebens
der Völker ohne Rückschläge die Fortschritte macht, die
wir alle erhoffen. Es wäre verhängnisvoll, wenn sich
im Völkerbund die Meinung bilden würde, als sei die
Minderheitenfrage schon heute befriedigend gelöst. Wir
seien erst am Anfang der Lösung.

Abschließend verlas Reichsminister a. D. Koch
eine Entschließung

der deutschen Delegation, die dem Berichterstatter zur
Verwendung für seinen Bericht an die Vollversammlung
des Völkerbundes übergeben worden ist. Diese
Entscheidung lautet:

„Die Versammlung, überzeugt von der Notwendigkeit,
die heiligen Rechte der Minderheiten reiflos aufrecht-
zuhalten und zu schützen mit dem Ziele, den Frieden
zu festigen und die Völker einander näherzubringen, läßt
den Generalsekretär ein, der Versammlung im jähr-
lichen Bericht so ausführlich wie möglich über die Tätig-
keit des Völkerbundes in Minderheitenfragen zu berichten.
Sie drückt den Wunsch aus, daß die Bedingungen für die
Entgegennahmefähigkeit von Petitionen an den Völ-
kerbund in einem möglichst liberalen Geiste aus-
gelegt werden.“

Sie behält sich vor, in einem späteren Zeitpunkt
das in Madrid festgelegte Verfahren über den Minderheiten-
schuß einer Prüfung zu unterwerfen.

Sie drückt schließlich den Wunsch aus, daß alle zu-
ständigen Organe des Völkerbundes sich bemühen werden,
alle Möglichkeiten zu erschöpfen, welche die Entschlüsse
von Madrid enthalten, namentlich bezüglich der Zusammen-
setzung der Minderheitenkomitees, der Häufigkeit ihrer
Sitzungen, der Mitteilung über das Schicksal der Petiti-
onen im Schoße der Minderheitenkomitees und die öffent-
liche Bekanntgabe des Ergebnisses der Prüfung einer Frage
durch die Dreierkomitees.“

Zu Beginn der Aussprache hatte der polnische
Außenminister Jaleski gesprochen, der sich die Aus-
führungen Briands vom Vortage vollkommen zu eigen
machte. Auch er vertrat die merkwürdige Auffassung,
daß eine alljährliche Debatte über die Minderheiten-
frage „der Sache des Friedens nicht dienlich“ sei.

Einen vermittelnden Standpunkt in der Min-
derheitenfrage nahm der schweizerische Bundesrat
Motta, der auf die Lösung der Nationalitätenfrage
in der Eidgenossenschaft hinwies. Darauf folgte eine
gleichfalls vermittelnde Erklärung des italienischen De-
legierten Grafen Bonin-Langare, der sich gegen die
sofortige Schaffung neuer Organisationen aussprach.

Im Gegensatz dazu meinte der englische Ver-
treter Buxton, der Vorschlag einer ständigen Min-
derheitenkommission verdiene erörtert zu werden. Es
könne sich aber dabei um keine Erweiterung des gegen-
wärtigen Aufgabentranges des Völkerbundes handeln.
Zusammenfassend erklärte der englische Vertreter, sein
Land betrachte die Minderheitenfrage als eines der
wichtigsten Probleme Europas.

Nach weiteren Ausführungen des jugoslawischen
Außenministers Marinkowitsch und eines bulga-
rischen Vertreters wurde die Fortsetzung der Aus-
sprache auf Montag vertagt. Auf Vorschlag des Vor-
sitzenden wurde der schweizerische Bundesrat Motta
als Berichterstatter für die Minderheitenfrage von der
Versammlung einstimmig bestellt.

Deutscher Memel-Antrag.

Der Völkerbund soll die Wahlfreiheit
sichern.

Die Reichsregierung hat durch die deutsche Ab-
ordnung in Genf im Völkerbundrat einen Dring-
lichkeitsantrag eingebracht, wonach die Beschwerde
des Memelgebietes auf die Tagesordnung der
derzeitigen Ratstagung gesetzt und unverzüglich er-
örtert werden soll.

Der Dringlichkeitsantrag verlangt, daß zwei ent-
scheidende Forderungen der Beschwerde vorweggenom-
men werden, nämlich erstens die Bildung des Memel-
direktoriums nach den am 10. Oktober stattfindenden
Wahlen zu sichern, zweitens Vermeidung jeder Beein-
flussung der bevorstehenden Wahlen zum Memeler
Landtag durch die litauische Regierung.

— Das Präsidium der Völkerbundsversammlung hat
beschlossen, den Ausschuß für die Prüfung der Paneuropa-
frage für den 23. September einzuberufen.

Hammerstein Nachfolger Hehes.

Mit Wirkung vom 1. Dezember.

Ein Erlass des Reichspräsidenten bestimmt den Generalmajor Freiherrn v. Hammerstein-Squord zum Nachfolger des auf seinen Entschluß zum 30. November 1930 aus dem aktiven Dienst ausscheidenden Generaloberst Hehe. General v. Hammerstein wird mit dem 1. Oktober 1930 unter gleichzeitiger Enthebung von der Stellung als Chef des Truppenamts zur besonderen Verfügung des Chefs der Heeresleitung gestellt.

Offiziere vor dem Reichsgericht.

Prozessbeginn in Leipzig.

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts wird am kommenden Dienstag in die Verhandlung gegen die drei des versuchten Hochverrats angeklagten Reichswehroffiziere Scheringer und Luden aus Ulm und Wendt (Oberleutnant a. D.) aus Kassel eintreten. Für diese Verhandlung sind mehrere Tage vorgesehen.

Die Angeklagten sollen seinerzeit mit den Nationalsozialisten Fühlung genommen und eine Politisierung des Offizierkorps der Reichswehr in nationalsozialistischem Sinne beschloßen haben, indem die Offiziere im Falle eines nationalsozialistischen Umsturzes darauf hinwirkten, daß die Reichswehr sich weigere, auf die revoltierenden Angehörigen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei oder der Wehrverbände zu schießen, so daß jeder Widerstand der verfassungsmäßigen Faktoren gegen den Umsturz von vornherein unmöglich sei. Später sollte die Reichswehr dann geschlossen zu den Revolutionären übertreten.

Nach der Anklage ist das Bestreben, den Offizieren der Reichswehr die gegenwärtigen politischen Zustände in Deutschland als besonders trübselig darzustellen, Verletzung und damit Vorbereitung zum Hochverrat. Den Angehörigen der Reichswehr ist durch Erlass des Reichswehrministers vom 31. Januar 1923 ausdrücklich verboten, eine Betätigung auszuüben, die auf eine Aenderung der Verfassung abzielt.

Millionenstandal in Heidelberg.

Die Gelder der Wohnungsbau-Gesellschaft in die Schweiz verschoben.

Die in die Millionen gehenden Unterschlagungen bei der Heidelberger Wohnungsbau A.-G. sind noch nicht völlig aufgeklärt. Zwar hat der frühere Rechtsanwalt und stellvertretende Geschäftsführer Ludwig Müller die Veruntreuungen eingestanden und auch erklärt, der Hauptschuldige zu sein und die Wechsel- und Geldtransaktionen ohne Wissen der beiden anderen verdächtigten Personen verübt zu haben. Man hält die Angaben Müllers jedoch nicht für glaubhaft. Alfred Goldschmidt, der bereits vor einigen Wochen ausgeschiedene zweite Geschäftsführer, ist ebenfalls seit einigen Tagen verschwunden.

Paul Müller, der Direktor der Gesellschaft, befindet sich in der Schweiz, von wo er aber als gebürtiger Schweizer nicht ausgeliefert werden würde. Müller hat aus Basel einen Eilbrief geschrieben, in dem er behauptet, er habe sich nicht persönlich bereichert und bei seiner Reise nach der Schweiz nicht mehr als 500 Mark aus persönlichem Besitz bei sich gehabt.

Trotzdem besteht der Verdacht, daß er nicht nur die Wohnungsbau-Gesellschaft und die Schweizer-Kongregation in Speyer geschädigt, sondern auch die Gelder nach der Schweiz verschoben hat. Die Wohnungsbau-Gesellschaft, deren Unterbilanz sich auf zwei Millionen Mark beläuft, wird in den nächsten Tagen Konturs anmelden.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 22. September 1930.

Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald haben den Reichstagsabgeordneten Giesberts zu dessen 25-jährigen Parlamentsjubiläum telegraphisch beglückwünscht.

Die Münchener Kommunisten versuchten, den von der Polizei verbotenen „Roten Appell“ vor dem Löwenbräukeller abzuhalten. Der Stiglmaier-Platz wurde wiederholt geräutert, wobei vom Gummihüpfel Gebrauch gemacht werden mußte.

Der Bundestag des Gewerkschaftsbundes der Angestellten in München hat den bisherigen Bundesvorsitzer, G. Schneider einstimmig wiedergewählt.

Der Fall Cubelier. Der Verteidiger des französischen Schwimmers Cubelier, der bekanntlich vor einigen Monaten wegen einer Messertaterei von dem Schöffengericht Weiskens in zweiter Instanz zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden war, hat die eingelegte Revision zurückgezogen, um die Einleitung eines Wiederaufnahmeverfahrens zu ermöglichen.

Die Hauptversammlung des Deutschen Apotheker-Vereins in Trier wendet sich in einer Entschlie-

ßung gegen die durch die Notverordnung vom 26. Juli 1930 in § 132a der Reichsversicherungsordnung festgelegte Beteiligung der Versicherten an den Arzneikosten. Diese Einführung des Arzneikostenanteils von 0,50 M. für jedes Verordnungsblatt widerspreche dem Geiste der Krankenversicherung und schaffe soziales Unrecht. Der Apothekerstand lehnt jede Verantwortung für derartige Folgen ab.

Die Hospitanten der Landvolkpartei. Die drei in Württemberg vom Württembergischen Bauern- und Weingärtnerbund gewählten Abgeordneten Dingler, Haag und Freiherr von Stauffenberg haben sich entschlossen, im Reichstag der Fraktion der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei als Gäste anzuschließen.

Rundschau im Auslande.

Neue deutsche Schulbesuche in Kattowitz.

Der Deutsche Volksbund für Ostpreußen hat eine neue Besuchsreise über einen Verstoß der polnischen Behörden gegen die Minderheitenschutzverordnung beim Wölbendrat eingereicht. Wie in zahlreichen anderen Fällen hatten die polnischen Behörden die Zulassung eines Kindes in die Minderheitenschule mit der Begründung abgelehnt, daß die abgegebene Sprachprüfung der Erziehungsberechtigten falsch sei. Obwohl nach Prüfung der Rechtslage und Vernehmung der Erziehungsberechtigten die Gemeindefunktion festgestellt hat, daß die Sprachprüfung der Erziehungsberechtigten glaubhaft und das Kind deshalb der Minderheitenschule zuzuführen sei, haben die polnischen Behörden die Ablehnung aufrecht erhalten, so daß die Besuchsreise des Wölbendrats zugeteilt werden mußte.

Salouts Frau unter Spionageverdacht.

Die Frau des im Juni vorigen Jahres wegen Spionage zu 19 Jahren Kerker verurteilten tschechischen Stabsoffiziers Salout ist beim Versuch, die böhmisch-sächsische Grenze zu passieren, unter Spionageverdacht verhaftet worden. Frau Salout wurde nach Prag gebracht. In ihrer Begleitung soll sich ein Mann befunden haben, dem es geglückt ist, zu entkommen. Wie verlautet, sind die zuständigen Stellen in den Besitz von Schriftstücken gelangt, was die Einleitung einer Untersuchung gegen weitere Personen veranlaßt.

Legte Meldungen.

Vor neuen Entscheidungen des Reichskabinetts.

Berlin, 22. September. Am Dienstag wird das Kabinett unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning zusammentreten, um die von den Ressorts fertiggestellten Regierungsvorschläge für den Reichstag zu beraten. Auf Grund der Beschlüsse im Kabinett werden dann im Laufe der Woche die Besprechungen des Reichskanzlers mit den einzelnen Parteiführern stattfinden.

Hindenburgs Dank an Thüringen und Bayern.

Berlin, 22. September. Reichspräsident v. Hindenburg hat in persönlichen Schreiben an den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held und an den Vorsitzenden des thüringischen Staatsministeriums Staatsminister Baum in herzlichen Worten seinen Dank für die freundlichen Begrüßungen zum Ausdruck gebracht, die ihm während seiner Anwesenheit im Manövergelände in den letzten Tagen allenthalben erwiesen worden sind.

60. Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins.

Bad Harzburg, 22. September. Der Deutsche Buchdrucker-Verein, in dem die Mitglieder von über 6000 Buch- und Zeitungsdruckereien und damit fast die Gesamtheit des deutschen Buchdrucker-Gewerbes zusammengefaßt sind, hält hier vom 20.—23. September seine 60. Hauptversammlung ab. Auf der bedeutungsvollen Tagung nahmen Fragen der Preis- und Lohngestaltung einen breiten Raum ein. In der Eröffnungsansprache erklärte der Vorsitzende, die Lage des Druckergewerbes habe sich so ernst und schwierig gestaltet, wie wohl noch nie zuvor. Tausende von arbeitswilligen Menschen seien aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet, und viele hundert Maschinen ruhten, weil keine Arbeit für sie vorhanden sei.

Verkündung der Erhebung Breslaus zum Erzbistum.

Breslau, 22. September. Am Sonntag wurde im Dom die durch die päpstliche Bulle erfolgte Erhebung des Bistums zum Erzbistum feierlich verkündet. Im Anschluß hieran hielt Kardinal Erzbischof Hettrich ein feierliches Pontifikalamt mit Te Deum.

General von Blomberg in der amerikanischen Armee.

Königsberg i. Pr., 22. September. Der Befehlshaber im Wehrkreis I, Generalleutnant v. Blomberg, wird am 1. Oktober 1930 auf die Dauer von zwei Monaten zur Armee der Vereinigten Staaten von Nordamerika zum Studium von Heereseinrichtungen und Schulmethoden kommandiert.

Personalabbau im Saargebiet.

Saarbrücken, 22. September. Die Dillinger Hütte, die zu etwa 60 Prozent unter dem Einfluß französischen Kapitals steht, beabsichtigt einen großen Personalabbau vorzunehmen. Von dem Abbau sollen 10 bis 15 Prozent der Belegschaft, Arbeiter, Beamte

und Angestellte, betroffen werden. Bereits in den letzten Wochen sind auf der Hütte über 100 Pensionierungen vorgenommen worden. Von der Belegschaft, die insgesamt 6000 Mann beträgt, sollen etwa 1000 Mann entlassen werden.

Curtius vor dem Mikrophon.

Genf, 22. September. Reichsaussenminister Dr. Curtius sprach in Form eines Zwischengesprächs vor dem Mikrophon zu den deutschen Rundfunkhören über die Gegenwartsfragen des Völkerverbundes. Seine Ausführungen deckten sich im wesentlichen mit der großen Rede, die er vor acht Tagen in der Völkerverbundsversammlung gehalten hat. Von der Minderheitsdebatte verspricht der Minister sich wesentliche Fortschritte. In der Abrüstungsfrage stellte er mit Befriedigung fest, daß die Vertreter Englands und Italiens in Genf die deutsche These von dem Recht des Rüstungsausgleichs anerkannt haben.

Todesurteil im Kownoer Spionageprozeß.

Kowno, 22. September. Das litauische Kriegsgericht fällt das Urteil in der Spionageaffäre zugunsten Polens. Der Hauptangeklagte Wikidas wurde zum Tode durch Erschießen verurteilt. Die anderen beiden Angeklagten wurden freigesprochen. Wie erinnerlich, wurde vor mehreren Monaten das Spionagenetz in der litauischen Schützenorganisation aufgedeckt.

D 1422 in Potsdam gelandet.

Zubeinder Empfang der Dzeanflieger.

In Gegenwart von vielen tausenden von Zuschauern ist das Dzeanflugzeug D 1422 mit dem Direktor der Seefliegerabteilung der Deutschen Verkehrsflieger-Schule v. Gronau und seinen drei Begleitern am Sonntagmittag auf dem Templiner See bei Potsdam von Hamburg kommend glatt gelandet.

Ein Geschwader von Luftjagde-Größfluggesellschaften hatte ihm auf der letzten Begleitreise das Ehrengeleit gegeben. In Erwartung des Dzeanflugzeuges hatten sich Hunderte von Motor-, Segel- und Ruderbooten auf dem See versammelt. Nach der Landung begaben sich die Flieger an Bord des Regierungsdampfers, auf dem

Regierungspräsident Dr. Jaenicke die Befragung des Dzeanflugzeuges im Namen der Reichsregierung und der preussischen Regierung herzlich begrüßte. Zur Begrüßung hatten sich auch der Dzeanflieger Hermann Köhl, die Direktoren der Luftjagde, Abordnungen der Fliegerverbände und Vertreter der Stadt Potsdam eingefunden. Unter dem Jubel der am Ufer versammelten vieltausendköpfigen Menschenmenge und dem ohrenbetäubenden Scheul der Sirenen der Dampfer ging v. Gronau Arm in Arm mit Köhl an Land, wo ihn Oberbürgermeister v. Kaufschner namens der Stadt Potsdam in der deutschen Heimat herzlich willkommen hieß.

Schwerer Sprengstoffdiebstahl.

Wierzehn Pakete Dynamit entwendet. — Herlohn, 22. September. Nachts ist in das hiesige Sprengstofflager eingebrochen worden. Es wurden eine Kiste mit zehn Paketen Dynamit und vier Pakete Nitron-Gelatine gestohlen. Außerdem stahlen die Diebe 1332 Sprengkapseln. Die Täter sind unbekannt. Die Polizei jagdet eifrig. Für die Ergreifung hat der Regierungspräsident eine Belohnung von 300 Reichsmark ausgesetzt.

Diebstahl im Lateran.

Nachzehn Verdächtige festgenommen.

Im Lateranmuseum in Rom ist ein dreifacher Diebstahl verübt worden.

Die Räume, in denen der Diebstahl ausgeführt wurde, befinden sich im 1. Stock des Lateranpalastes in unmittelbarer Nähe des großen historischen Saales, in dem am 11. Februar vorigen Jahres durch Unterzeichnung der Lateranverträge die Aussöhnung zwischen Italien und dem Papsttum erfolgt ist.

Erbeutet wurden vor allem wertvolle alte, geschnittene Steine und Mosaikfragmente, die, wie man annimmt, zu Liebhaberpreisen im In- und Ausland abgesetzt werden sollen.

Die italienische Polizei, der die Angelegenheit vom Vatikan sofort übergeben worden ist, scheint aber der Diebstahlschande bereits auf der Spur zu sein. Nachgehe verdächtige Personen sind bereits festgenommen worden und man glaubt, daß die Verhaftung der Urheber des Diebstahls unmittelbar bevorsteht.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. F. Hüttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postcheckkonto: Hannover 67377. „Aufwärts“, Christliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3916, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Anzeigen aus Bethel.

— Trockenes Anmachholz hat abzugeben Morija. Bestellungen auf Herbskartoffeln nimmt das Fuhrgeschäft entgegen.

Bethel.

Am Mittwoch der Theologischen Woche, abends 7½ Uhr, findet im großen Saal des Assaphums in geschlossener Versammlung die Uraufführung des neuen Bethelfilms „In den Spuren Vater Bodelschwings. Durch Dienst zur Freude“ statt.

Die ganze Veranstaltung wird wiederholt am Mittwoch, den 1. Oktober, und zwar nachm. um 2 Uhr für die Insassen der Frauenhäuser, nachm. um ½ 5 Uhr für die Insassen der Männerhäuser, abends um ½ 8 Uhr für jedermann.

Der Rundfunkhörer

Die kulturbetonte, reich illustrierte Rundfunkprogrammzeitschrift, der Vorkämpfer für Heimat, Seele, Volkstum im deutschen Rundfunk.

Ausführliche Programme aller Sender Orientierende u. unterhaltende Aufsätze Bastel- und Rätselhefte — Güter Roman

Reichsausgabe monatlich 90 Pfg. Ausgabe A (Noragsender) vierteljährlich 1,80 RM. Bestellungen bei jeder Post. — Zu haben in jeder Buchhandlung. Probeheft umsonst. Verlag: Hamburg I, Große Bäckerstr. 5—7

Suche zum 1. oder 15. Oktober für meinen kleinen Haushalt ein sehr sauberes, ruhiges, zweif.

Mädchen

erfahren im ganzen Hauswesen und Küche und von unbedingter Ehrlichkeit und guter Lebensführung. Schriftl. Angebote mit Zeugnissen und Lichtbild an Grete Schlüter, Zeichenlehrerin, Münster i. W., Inselbogen 29 I.

Suche ein nettes

Mädchen

zur Führung meines kleinen Haushalts. Bin alleinstehend und suche lieben, treuen Menschen. Familienanschluß und liebevolle Behandlung natürlich. Kleiner Haushalt (2 Personen).

Kiehl, Konrektorin i. R. Bielefeld a. St. Marienstift.

Schulvorsteherin

akademisch gebildet für blühende Mädchenschule in einer Großstadt Mitteldeutschlands gesucht. Vdr. unter A 7073 an die Geschäftsstelle des „Aufwärts“.

Südamerik. Maté

Paraguaytee

Preis: 2,80 Mk. per 1 Pfd. franko, excl. Nachnahme.

Gustav Giehl & Sohn

Sangerhausen, Hindenburgstraße

Unser Tee ist zum gl. Preise auch in Ophir erhältlich.

Gesucht zu Oktober

Kochlehrerling

evang. auf's Land. Schlicht umschlicht. Baronin Rede, Rittergut Obernfelde b. Lübbecke i. W.